

# Konkassische Post

Preis der Zeitung 10 Kpl.  
Jahrespreis 300 Kpl.  
Anzahl der Abonnenten 3000

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle: Kirchenstr.  
Kirchhofstraße, 27, unter d. Deutscher Postamt.  
Geschäftstagen (außer an Sonn- u. Feiertagen)  
von 11—1 Uhr vorm. (zu fragen nach H. Bauer).

Ercheint 2-mal wöchentlich:

am Mittwoch und am Sonntag.

Bezugspreis: (mit Porto f. Auswärtige) 80 Kpl.  
für 1 Mrt. Anzeigen: die 3-mal gebaltene  
Kleinseite auf der ersten Seite 8 Kpl., auf der  
4. Seite 6 Kpl. Drahtanzeige 300 Kpl.

Nr. 53.

Sonntag, den 15. August 1920.

12. Jahrgang

## Ein wichtiger Akt im politischen Leben Transkaukasiens.

Am 10. v. Mts. ist durch den Bevollmächtigten der russischen Sowjet-Regierung für Armenien B. B. Bogdan einerseits und den Vertretern der Republik Armenien, den A. Verelers, Hof- und Telegraphenminister A. Djamalian und dem Bevollmächtigten A. Babaljan andererseits eine Vereinbarung getroffen worden, welche auf Grund der Anerkennung der Unabhängigkeit und völligen Selbständigkeit der Republik Armenien seitens des Sowjet-Rußlands nachstehende Abmachungen enthält: 1) Von 12 Uhr mittags des 10. August gelten die Kriegsoperationen zwischen den Truppen des Rote-Rußlands und der Republik Armenien als eingestellt; 2) die zwischen Armenien und Abjerkidjan strittigen Gebiete werden von den russischen Sowjet-Truppen besetzt, mit Ausnahme des durch vorliegende Vereinbarung näher bezeichneten Territoriums, welches von den Truppen der Republik Armenien zu besetzen ist; 3) durch die Besetzung oben erwähnter Gebiete wird seitens der Sowjet-Truppen auch die Frage über die Rechte der Republik Armenien oder der sozialistischen Sowjet-Republik Abjerkidjan keineswegs im voraus entschieden. Mit dieser zeitweiligen Besetzung wird lediglich zugewandt, günstige Bedingungen für eine friedliche Lösung der territorialen Streitigkeiten zwischen Armenien und Abjerkidjan zu schaffen, und zwar auf den Grundlagen, welche durch den Friedensvertrag, der in allernächster Zeit zwischen dem Sowjet-Rußland und der Republik Armenien abgeschlossen werden soll, bestimmt werden; 4) die Exploitation der Eisenbahn auf der Strecke Schachtachy-Dzusa wird der Verwaltung der armenischen Eisenbahnen übertragen, und auf diese Weise erlangt Armenien die Möglichkeit, die Eisenbahnverbindung mit Persien sofort wieder herzustellen.

Die Vereinbarung ist zweifelsohne von größtem Interesse für alle Völker Transkaukasiens. Denn dank ihr dürfen letztere hoffen, daß sie nun endlich in die Lage kommen werden, sich normal weiter zu entwickeln. Davon konnte bisher nicht die Rede sein, weil immerfort auswärtige Mächte, angefangen von der Türkei, nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk (1918), denselben alsdann im Namen der Entente die Engländer folgten (1919), bis herauf auf die Russen (Demitzky und Bolschewitsch), alles möglich taten, um den natürlichen Lauf der Dinge hier zu verhindern und die wahren Interessen des Landes, aus Egoismus, Gewinnsucht und Mangel an historischem Bewußtsein ihren Interessen zu opfern.

Bei dem großen, wohl auch nicht ganz unbegründeten Mißtrauen gegen die Politik des Rote-Rußlands kann es allerdings nicht wunderlich erscheinen, daß ein beträchtlicher Teil der bellicosen (georgischen und armenischen) Presse vor allem weit gehenden Vorwürfen wartet.

Und nicht so ganz unbedeutend mögen Erwägungen sein, wie sie die halbamtliche türkische „Wojba“, des Sprachrohrs des Zentral-Komitees der soz.-dem. Arbeiter-Partei Georgiens, in ihrem Leitartikel vom 12. v. Mts. zum Ausdruck bringt, u. a. heißt: „Die Vereinbarung kann trotz des wohlwollenden Eindrucks, den der erste Punkt derselben macht, nicht als befriedigend anerkannt werden, weil Armenien in die Besetzung der strittigen Gebiete durch Sowjet-Truppen eingewilligt hat, damit die bolschewistische Moskauer Regierung gewissermaßen als obersten Schlichter in Streitfällen zwischen transkaukasischen Völkern

anerkannt hat. Man wird vielleicht erwidern, daß es kein selbständiges Abjerkidjan gibt, daß es sich hier lediglich um eine Angelegenheit handelt, die Armenien und Sowjet-Rußland betrifft. Aber diesen Gesichtspunkt in offiziellen Akten sanktionieren, Moskau als Richter in transkaukasischen Dingen anzusetzen, das ist gleichbedeutend mit der Einziehung einer dritten, unserer Völkern feindlichen Macht, in die inneren Angelegenheiten unseres Landes. Wir sind weit davon entfernt, die Regierung Armeniens irgendwelcher beschuldigen zu wollen. Sie hat es für besser gefunden, diese Vereinbarung zu treffen, anstatt den Krieg fortzusetzen. Wir weisen bloß darauf hin, daß jetzt diese Vereinbarung, objektiv betrachtet, für die Rote Transkaukasien unvorteilhaft ist. Besonders klar wird einem das, wenn man erwägt, daß die Bolschewitsch, indem sie die strittigen Gebiete besetzen, die Verbindung mit den türkischen, kemalistischen Truppen aufrecht erhalten. Hierin erblicken wir aber eine grundsätzliche Gefahr für ganz Transkaukasien, insbesondere aber eine andauernde Bedrohung Armeniens. Denn wenn die Bolschewitsch sich durch die Vereinbarung, den Korridor durch Armenien schaffen, den sie bisher vergeblich zu gewinnen gesucht haben, so bringen sie damit zugleich die Türkei nach Transkaukasien. Das Unwetter, welches über letzterem herabstürzt, ist durch die Vereinbarung keineswegs beseitigt. Und die transk. Völker haben nach wie vor allen Grund, auf ihrer Hut zu sein!

Wie dem aber auch sein mag, vorläufig ist die unmittelbar drohende Gefahr der Vernichtung von Menschenleben und zahlreichem Vermögen nicht nur im benachbarten Armenien, sondern wohl auch bei uns, in Georgien, wenn nicht gar die Gefahr des Unterganges der politischen Selbständigkeit Armeniens und Georgiens abgewandt, und dafür sollten wir alle dem Schicksal von Herzen dankbar sein.

Im übrigen heißen wir das Beste!

## Zur politischen Lage.

### Armenien und Rußland.

Der am 10. v. Mts. abgeschlossene Verhandlung zwischen Armenien und dem Sowjet-Rußland (s. Leitartikel) sind nicht zu unterschätzende Erfolge des armenischen Heeres an der Front, in den Kreisen Kafkas und Sangezur, vorausgegangen. Dort wurde die von Alkhatra vorbereitete „rote Armee“ weit zurückgeworfen und teilweise zerstört, hier die Stadt Gerssu wieder erobert und dem Gegner (ca. 1500 Russen) eine empfindliche Niederlage beigebracht. Auch in Nachtschewan scheinen zuguterletzt die Armenier wieder oben auf gewesen zu sein, desgleichen im angrenzenden Scharu-Daralagdschen Raie, wo den Armeniern, wie berichtet, nicht nur „rote“ Russen, sondern auch „rote“ Türken-entgegengetreten seien. In einem amtlichen Schriftstück, ausgehend von dem Reichsleiter eines russischen Truppenaufgebots, wird jedenfalls von „roten“ Türken als „Verbündeten“ der „ersten und als weiter dem gemeinschaftlichen Kommando des letzteren stehend gesprochen. Gemeint sind dabei natürlich die Anhänger des Mustafa Kemal, die plötzlich, offenbar aus Sympathie für die russischen „Kommunisten“, nun gleichfalls die rote Fahne angenommen haben. Die Verbindung zwischen Moskau und Angorazetrum scheint also jetzt nicht mehr bloß auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit zu existieren.

Das aber bedeutet die außerordentliche Gefahr, von der die „Wojba“ spricht, wenn sie auf den „Korridor durch Armenien“ hinweist, der ganz Transkaukasien verhängnisvoll werden könnte. Schließlich wollen die Armenier noch im Bezirk von Dny und im Karier Gebiet mit Erfolg gegen türkische Übergriffe abgeköpft und; namentlich ausgehende Steinofenlager in ihre Gewalt bekommen haben, deren Ausbeute der Republik Armenien ebenso reichen Gewinn abzuwerfen vermag, wie ihn Abjerkidjan aus der Baku Kohle und Georgien aus dem Tschikauri Mangan (eisenähnliches Brauneisenmetall, das hauptsächlich zur Herstellung von Stahl verwendet wird) ergibt. Und was schließlich die „aufständischen“ Mobschmiedeaner an verschiedenen Stellen der Republik Armenien anlangt, so sollen dieselben teils bereitwillig ihre Aussen der arm. Regierung ausgeliefert, teils außer Landes (nach Persien bzw. der Türkei) gezogen sein. Der am 1. Ministerversand und gleichzeitige Minister des Auswärtigen der Republik Armenien, Oshandjan, hat, Bezugnehmend auf diese Erfolge, in mehreren öffentlichen Reden die Verdienste des armenischen Heeres besonders unterstrichen, sie im Namen der ganzen Nation dankend anerkannt. Das ist durchaus lobenswert; weist jedoch ein Teil der armenischen Presse daraufhin, von den armenischen Truppen aus von gewissermaßen unbesiegbaren Truppen spricht, so liegt hierin zweifelsohne eine deutliche Übertreibung, die der expansiven Natur des Südländers zugute geschrieben werden muß. Wesentlich werden nun die angekündigten Friedensverhandlungen mit Sowjet-Rußland bzw. der sozialistischen Sowjet-Republik Abjerkidjan in Bälde auch von Erfolg gekrönt sein!

### Die Entente und Rußland.

Ramen und Krasin sind von der engl. Regierung erjacht worden, London sofort zu verlassen. Die Blockade Rußlands ist erneuert. Die Entente ist entschlossen, Polen weiter mit Kriegesbedarf und Proviant zu versorgen, jedoch keine Militärtruppen zu entsenden. Die englische Schwarze Flotte ist angewiesen worden, mit General Vangel in engler Fährung zu treten. Lloyd George hat im Unterhause eine lange Erklärung zur Rechtfertigung des Scheiterns der engl. Politik in der russischen Frage abgegeben. Die englischen Sozialisten fordern einstimmig die Aufhebung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen das Sowjet-Rußland. Die französischen Sozialisten scheinen dem Beispiel ihrer englischen Genossen folgen zu wollen. Italien erklärt, daß es unter allen Umständen neutral bleiben werde. In Deutschland sind alle Parteien, nicht ausgenommen die Kommunisten, einzig, die Neutralität wahren zu helfen. Den von französischer Seite ausgesprochenen böswilligen Gerüchten betreffend Abschluß eines Geheimabkommens zwischen der deutschen Regierung und den Bolschewitsch widerspricht die deutsche Presse auf's nachdrücklichste. Die Besetzung, welche Lloyd George mit dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons in der Schweiz (genannt wird Luzern) haben wird, und das zwar auf Ansuchen des ersteren, nicht des letzteren, dürfte, wie die deutsche Presse allgemein voraussetzt, nur Fragen berühren, welche mit Durchführung der Neutralität Deutschlands im Zusammenhang stehen. In Memel, das bekanntlich jetzt nicht mehr zur Machtphäre der deutschen Regierung gehört, sollen zahlreiche französische Truppen zusammengezogen sein, was nicht wundernehmen könnte, wenn die russischen Truppen die sich wirklich bereits vor einigen Tagen der Stadt bis auf 50 Meist (?) genähert hätten, gegenwärtig

also wohl schon unmittelbar vor ihr stehen. Die Eisenbahnverbindung zwischen Danzig und Warschau auf dem rechten Ufer der Weichsel ist durch die Russen abgeschnitten. Munition kann somit von dort seitens der Deutschen nicht mehr nach Polen geschafft werden. Auch all diesen Mitteilungen zu urteilen, ist die geplante Londoner Konferenz nun endgültig in die Brüche gegangen. Die Verhandlungen zwischen Slowakei, Ungarn und Polen werden seit dem 11. d. Mts. unmittelbar und zwar in Wien geführt. Im Falle ihres Mislingens wird die Entscheidung vor den Toren Warschaws fallen.

#### Die Mission Laurents.

Der neue französische Botschafter in Berlin, Laurent, hat einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“, Prof. Ludwig Stein, gelegentlich einer Unterredung mit ihm, seine Aufgabe (Mission) wie folgt gekennzeichnet: „Ministerpräsident Millerand hat in der Deputiertenkammer wiederholt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie hingewiesen. Meine Wahl hängt mit diesem Programmpunkte der französischen Regierung zusammen. Man hat eben nicht einen Berufsdiplomaten, sondern einen Spezialisten für Finanz- und Wirtschaftsfragen entsandt, der in wohlgefuntem Zusammenwirken mit der deutschen Regierung und den deutschen Wirtschaftsmännern die gemeinsamen wirtschaftlichen Aufgaben sachgemäß zu behandeln haben wird. Ich sehe meine vornehmste Aufgabe darin, dieses wirtschaftliche Programm Millerands, so weit es in meinen Kräften steht, zu verwirklichen. Der Eindruck, den ich von Dr. Simons empfangen habe, hat in mir die Hoffnung befestigt, daß jenseitige Wirtschaftspolitik beim deutschen Minister des Äußeren Verständnis finden wird. Es trifft sich besonders günstig, daß Herr Dr. Simons, dessen diplomatische und juristische Vorkenntnisse wir schon früher kennen gelernt haben, inzwischen der deutschen Wirtschaft näher getreten ist und, als leitendes Mitglied des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“ Gelegenheit gefunden hat, in das vielmalige Gewerbe der deutschen Wirtschaft einen tiefen Einblick zu tun und sich zugleich auf die weltwirtschaftlichen Probleme einzustellen. Ich hoffe bestimmt, daß eine Zusammenarbeit mit dem neuen Minister des Äußeren, dessen Korrektheit und Wohlgesinntheit allseitig anerkannt werden, vorteilhaft sein wird.“

#### Bolschewistischer Terror in Bulgarien.

Der Berliner Zeitung am Mittag vom 3. d. entnehmen wir nachfolgenden Bericht über ein folgenschweres Bombenattentat in Philippopol: „Das Dionys-Theater wurde während eines Vortrags, der zu Gunsten der Opfer des bolschewistischen Terrors in Bulgarien ver-

anstaltet worden war, durch Bomben in die Luft gesprengt. Unter den Trümmern des Theaters lag ungefähr 150 Leichen begraben. Auf den Straßen kam es nach dem Bombenattentat zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und den einschreitenden Polizisten, die mit Hilfe des herbeigeeilten Militärs die Auftritte stützten und zahlreiche Verhaftungen vornahm. Die Attentäter hatten es wahrscheinlich auf den Ministerpräsidenten Stanislawski abgesehen, der nur infolge eines Zufalles an dem betreffenden Abend nicht im Theater anwesend war.“ — Zur näheren Erklärung dieser Voraussetzungen fügt der Berichterstatter hinzu: „Stanislawski, seit Mai dieses Jahres Ministerpräsident und Kriegsminister, ist Führer der bulgarischen Bauernpartei. Der ehemalige Volksschullehrer und überzeugte Republikaner, den im Jahre 1915 Rasborslawoff „lebenslanglich“ einsperrten ließ, hat gleich zu Beginn seiner Regierungstätigkeit sich in denbar scharfen Gegensatz zu den 44 Kommunisten des bulgarischen Parlaments gesetzt, deren Anhänger er als „Räuberbanden, die Reisende des nachts überfallen“, bezeichnet. Ueberdies hat er durch außerordentliche Strenge die Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht erhalten, sich also auch bei den unpolitischen, von Altersher berechtigten Komitischbanden unbeliebt gemacht.“

#### Die neuen Reichsminister.

Simons, Heintze, Groener, Scholz, Raumer.

Dr. Walter Simons wurde am 24. September 1881 in Elberfeld als Sohn eines Verlagsbuchhändlers geboren. War Kandidat in Weiningen und Obergerichtsgericht in Kiel. 1905 erfolgte seine Berufung in das Reichsjustizamt zur Bearbeitung, internationaler Rechtsfragen. Seit 1911 wirkte er in der Reichsabteilung des auswärtigen Amtes. Auf der internationalen Rechtswissenschaftlichen Konferenz in Haag war er zusammen mit dem französischen Handelsrechtswissenschaftler Lyon Caen Generalberichterhalter. 1914 vertrat er Deutschland auf der Spitzbergen-Konferenz in Christiania. Am 24. Dezember 1918 wurde er als Ministerialdirektor in das Justizwichtige Amt berufen und mit der Vorbereitung der Friedensverhandlungen betraut. In Vertretung als Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation. Im August 1919 übernahm er die Leitung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Rudolf Heintze, der neue Finanzminister und Reichsjustizminister, ist 1865 als Sohn des berühmten Leuziger Philosophen in Döbenburg geboren. 1888 bis 1889 studierte er in Tübingen, Heidelberg, Jena und Leipzig. Wurde 1896 Landgerichtsdirektor in Dresden, 1914 Reichsgerichtsrat, war dann zwei Jahre lang Unterstaatssekretär im türkischen Justizministerium und vom 1. Juli 1916 bis zum Ausbruch der Revolution hiesiger Justizminister.

jede Reise zu geistigen oder ideellen Zwecken verhindern. Diese Beamten rauchten Zigarett, verteilten Kaminchen, wozu jeder Teilnehmer an oder lassen im Stiegenhaus warten, legen ellenlange Fragebogen vor — wozu leben Sie, wozu befreiten Sie Ihre Reisefüßen? —, wiederholten diese Fragen mündlich, beschreiben Altkalender und schwingen Gummihämmer. Der Gummihämmer ist heute der mächtigste Feind Europas. Der Schreiber dieser Zeilen zählt, auf seinem einfachen Ras Berlin — London — Berlin zwanzig verschiedene Gummihämmer, und der Ras ist nicht das einzige Schreibmittel, das man braucht, und das ausgiebig besempelt wird. Die Schweiz, die Völschweiz, fordert von Kayton zu Kayton neue Eintrittsgelder (Stempel, Stempel), Holland ausst eine bei der furchigen Durchreise mit Identitätskarten, An- und Abmeldungen (Stempel, Stempel), Deutschland mit Ein- und Ausfuhrbewilligungen für den Baderler und für jeden Zwanzigmarkigen über tausend Mark — und die Stempelmaschinen hampfen. Diese Tyrannen des Gummihämmer, sah zwei Jahre nach dem letzten Schuss, auch in verächtlichem den europäischen Standal.

An Britanniens Flotte. Überallhin die Flotte voll besetzt, selbst der traurige Marsch der südländischen Auswanderer nach dem amerikanischen Stern kurz wieder beginnen. — Amerika braucht nach sechsähriger Abschlossenheit und einjähriger Rückwanderung so sehr Menschen, daß es Ellis Island „humanisiert“. Nur, in den Bootszügen von Rotterdam, von Brüssel verbinde sich der Strom der Reisenden ausfällig, und die Schiffe die von Dool, von Bismarck, und Erz-

Der neue Reichsverkehrsminister, Generalleutnant Wilhelm Groener, hat sich besonders als Ober des Heilbronnbahnhofs bekannt gemacht. Er ist 1847 in Ludwigsburg geboren, trat nach abgewandtem Dienst im Generalstab u. an der Front 1912 an die Spitze der Eisenbahnabteilung im großen Generalstab und bereitete dort die Lösung der gewaltigen Aufgaben vor, die der Krieg nach mehreren Fronten an die Eisenbahn stellte. Im Herbst 1916 wurde Groener Ober des Kriegsmars, erhielt 1917, nachdem er im Berliner Streit durch sein vornehmliches Eingreifen wesentlich zur Befähigung beigetragen hatte, die Führung einer Division und bald darauf eines Armeekorps im Felde. Oktober 1918 wurde es als Nachfolger Vidensacks zum Ersten Generalquartiermeister ernannt und hatte die schwierige Aufgabe, das Heer in die Heimat zurückzuführen.

Dr. Ernst Scholz, der neue Reichswirtschaftsminister, ist 1874 in Wiesbaden geboren. Nach kurzer Tätigkeit im Justizdienst war er 1900 und 1901 Redakteur des Allgemeinen Genossenschaftsverbandes in Charlottenburg. Als Kreisratsassessor trat er dann in Frankfurt a. Main in die Kommunalverwaltung, war darauf bis 1909 Kreisordner und Ratgeber in Wiesbaden und ging 1909 als Kreisordner nach Düsseldorf. Im Juli 1913 wurde er als Oberbürgermeister nach Kassel und 1913 zum Oberbürgermeister nach Charlottenburg berufen.

Der zum Reichsfinanzminister ernannte Lamort a. D. Hans von Raumer wurde 1870 in Dessau geboren. Nach Abschluß seiner Universitätsstudien ging er in den Verwaltungsdienst, war Vorstand in Wittlage und lebte nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst in Osnabrück. Als Referent arbeitete er unter dem Grafen von Helldorf im Reichswirtschaftsamt und trat nach der Revolution in den Dienst der Privatindustrie. Er war zuletzt Verbandsdirektor der Arbeitsgemeinschaft der elektrotechnischen Industrie. („Voss. Ztg.“)

#### Vom deutschen Reichstag.

Die Zusammenkunft des Präsidiums im deutschen Reichstag.

Zum Ersten Präsidenten wurde bei der am 25. 6. vorgenommenen Abstimmung ohne jeden Widerspruch und fast einstimmig (mit 397 von 420 Stimmen, bei 17 unbeschriebenen Zetteln) der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Loebe, Führer der „Sozialistischen Sozialdemokraten“, gewählt. Erster Vizepräsident wurde (mit 286 von 397 abgegebenen Stimmen, wobei 156 Zettel unbeschrieben waren) als Vertreter der „Unabhängigen“, Sozialdemokraten der frühere Volksbeauftragte Dittmann. Zweiter

Land abgeben, und vermale leez. Von allen Kriegsländern ist England noch am zurückhaltendsten mit seinem Votivum, u. die Fragehülle nach den britischen Inseln sind noch immer abschredend. Eine Note Berlin — London dauert wohl einhalb Tage (eint 21 Stunden), weil sich schon abends an Bord der Schiffe sein muß, die erst bei Tagesanbruch abgeben. Die Unzuverlässigkeit der Ueberfahrt wird freilich dadurch und durch die Lere sehr gefördert. Man reist in einem Kabinett, was manchmal schlechten Seemann, er wünscht ist, und kann hat man geführig, so ist man auch schon da, an der west und grünen Küste, und belohnt auch gleich die Staden der englischen Minors zu fühlen. Schon an Bord hat man zu seinen Ras eine Disambarektion erck, ohne die man nicht über den Steg hundertkommt, und eine Fragekarte, die man sorgfältig, den Zinamen in Blockflirt, ausgefüllt haben muß. Die Polizeistation ist gerügig und in Sekunden überwinden (und eine Ausgangskontrolle hat England überhaupt nicht mehr). Aber dann drängt man Ras wieder einmal an der immer in schmalen Dür eines Fahrsales. Einmal wird man vorgelassen, nach britische und fremden Häfen geteilt, und der Reisende, auf dessen Fragekarte unter „Staatsangehörigkeit“ Deutscher oder ehemals Österreicher steht, hat ein mehr als eingehendes Verh. zu erwarten. Besonders dann, wenn er bis zum Kriege in England gelebt hat.

#### Das Buch der Sünden.

In den englischen Grenzorten liegt ein gedrucktes alphanbetisches Namensverzeichnis aller Deutschen und Österreicher auf, die bei und seit Kriegsausbruch England ver-

#### Feuilleton.

#### Wahrpruch.

Der Entscheidungspunkt liegt schließlich weniger in den freien Gaben der Natur als in der Mächtigkeit, Einfaltigkeit und Beherrschbarkeit der Menschen, die Stramm arbeiten, dienen und sparen.

#### Eine Reise nach England.

Von Gustaf Rauber.

Die Tyrannen des Gummihämmer.

Die Spähengräben entlang den Landesgrenzen sind aufgeschüttet, aber noch liegt Land für Land wie sich hinter den Drahtverbänden seiner Vorkorpskisten. Er man noch seine Fahrkarte gekauft hat, hat man schon viele hunderte Mark, Franken, Lire ausgegeben und zahllose Bogen und Aktenstücken vergeudet. Es ist ein unheilbarer Fehlschlag. Ein hunderttausendköpfiges Heer von Konjunktural-, Fremdenpolizei- und Grenzbeamten humanisiert die Menschheit, bloß deshalb noch, weil man bei der allgemeinen Arbeitslosigkeit die Beamten noch nicht auf die Straße setzen kann. Und um diese Beamten zu erhalten, muß man das Kapital um Beträge schaffen, die

\*) Aus der „Berl. Zeit. am Mittag“, 26. 6. u. 8. 7. 20. Die Schrift.

Vizepräsident wurde als Vertreter des Zentrums Dr. Bell, der zuerst Reichsverwaltungsminister war, seine Wahl erfolgte einstimmig. Den vierten Mann stellte die Deutschnationale Volkspartei, die nach dem endgültigen Wahlergebnis mit 65 Mandaten zwei mehr zählte als die Deutsche Volkspartei. Ihr Kandidat war ein alter Parlamentarier, der wiederholt im Reichstagsparlament gesessen hat, der Abgeordnete Dietrich Brenzlau. Die Unabhängigen gaben 23 unabhängige Stimmen ab; von den übrigen Stimmen entfielen 280 auf Dietrich.

Die Ansprache des Präsidenten Loebe.

Die Rede, mit der Präsident Loebe sein Amt antrat, hatte, wie wir der „Vossischen Zeitung“ entnehmen, folgenden Wortlaut (wir geben denselben verkürzt wieder): „Die großen Schwierigkeiten unseres Landes werden in diesem Jahre besonders wiederholt sein. Sie können uns jeden Augenblick vor verwickelte Situationen stellen. Wir werden ihrer aber um so eher Herr werden, wenn jeder einzelne seine Meinung vertritt, aber auch die äußeren Vorbedingungen dafür schafft, daß fremde und eigene Meinungen ungehindert hier vertreten werden können. Die gemeinsame Not unseres Vaterlandes wird uns manchmal enger zusammenschließen, als der heilige Wahlkampf und der gewöhnlichsmäßige Zwiespalt der Parteien uns vermuten ließ. Ein gemeinsames Band wird die äußerste Rechte und die äußerste Linke umschlingen (gehobener Widerspruch bei den unabhängigen Sozialdemokraten), wenn es gilt, plötzlich aufzutretende Not zu lindern. (gehobene Zustimmung.) Zur Bewältigung der Schwierigkeiten hätte es der Mehrheitband bedürft, die bisher die Geschäfte des Hauses führte. Unser allererster Präsident Fehrenbach hat sich entschlossen, eine schwerere Bürde im Dienste des deutschen Volkes zu übernehmen. Deshalb muß ich Sie bitten, mit mir zu gewähren, um mit einer ähnlichen Übung, wenn auch nicht die gleiche Mehrheit, in der Führung der Geschäfte zu erwerben. Ohne Ansehen der Partei und der Person meines Amtes zu wahren; in meine — als die eines Präsidenten selbstverständliche — Pflicht.“

Paul Loebe.

Er ist am 12. Dezember 1876 in Liegnitz als Sohn eines Tischlers geboren und erlebte in seiner Vaterstadt das Schriftföhreramt. Nach Beendigung seiner Lehrjahre bereiste er Deutschland, Desterreich, die Schweiz und Italien, kam 1896 nach Breslau und trat dort 1899 als Redakteur in die Redaktion der „Vollwacht“ ein. Nach dem Tode ihres Chefredakteurs Bruns übernahm er 1902 deren Leitung. Bald darauf trat er in die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung ein, der er als einer ihrer hervorragensten Sprecher bis 1920 angehörte. Er war auch der erste Sozialdemokrat, der in den Reichstagen

Provinziallandtag delegiert wurde. In Weimar wurde er zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung gewählt. In seiner Journalistentätigkeit hat er verschiedentlich Vorträge gehalten. 1906 erhielt er anlässlich seiner Wahl demonstreationsaufmärsche gegen das Dreiklassenwahlrecht wegen „Aufzeichnung zum Klassenkampf“ ein Jahr Gefängnis.

Die Haltung Japans und Chinas in der Schantungfrage.

Im Anschluß an die in der vorigen Nr. im Artikel „Die librische Frage“, wiedergegebene Unterredung mit einem japanischen Diplomaten in Berlin dürfte für die Leser der „Rauk. Post“ auch das von Interesse sein, was der Mitarbeiter des „Berl. Tgl.“ von ihm über die Schantungfrage erfahren hat.

Das ganze von Korea wegen in China gehörige Gebiet von Schantung, einschließlich des ehemaligen deutschen Pachtgebiets von Kiautschou, befindet sich in japanischen Händen. Die Herrschaft über eine japanische Zivilverwaltung zusammen mit der Militärverwaltung aus. Aber die Japaner haben wiederholt in unabweisbarer Form erklärt, daß sie diese Besetzung nicht als dauernd, sondern nur als zeitweilig betrachten; sie haben sich auch bereits mehrmals an die chinesische Regierung mit der Bitte gewandt, mit ihnen wegen der Rückgabe des besetzten Gebiets an sie in Verhandlungen einzutreten. Doch hat die chinesische Regierung bisher keinerlei Anstalten zu einer Zusammenkunft mit japanischen Delegierten getroffen. Als Verhandlungsgrundlage ist von seiten der japanischen Regierung in Aussicht genommen; zunächst die sofortige Zurückziehung der japanischen Truppen aus Schantung; auch die japanische Zivilverwaltung soll abberufen werden, und nur die Schantungseisenbahn und die der Schantungsgesellschaft gehörenden umfangreichen Bergwerke und Landrechte sollen von Japan und China gemeinschaftlich verwaltet werden. Japan führt sich hinsichtlich des letzteren Vorschlages auf die Absätze 2 und 3 des Artikels 158 des Friedensvertrages, in dem es heißt: „Alle deutschen Rechte an der Eisenbahn Tangtau — Tsinanfu samt Zweigstellen einschließlich des Zubehörs jeder Art, der Bahnhöfe, der Lagerhäuser, des festem und volldenden Materials, der Gruben ihrer Betriebsanlagen und ihres Betriebsmaterials werden mit allen zugehörigen Rechten und Vorräten japanisches Eigentum.“ Die Unterfertigung des Deutschen Reiches von Tientsin nach Schanghai und von Tientsin nach Tschifu gehen mit allen dazugehörigen Rechten, Vorräten und Eigentumsrechten gleichfalls völlig frei und unbelastet auf Japan über.“

dann müssen sie unbedingt weg: eine dauernde Anwesenheitsverpflichtung an Deutschland verbietet der „aliens act“ das Fremdenwesen.

Aber nach den bestehenden Bestimmungen kann jeder Fremde, nicht nur der ehemals feindliche, auch vor Ausbruch der Revolution, ohne Angabe von Gründen, als unerwünscht wieder ausgewiesen werden. Und mir erzählen englische Freunde in London, daß sie bei ihrer Rückkehr aus dem Internierungslager Maßbier noch viel Ärger schimmert wurden als alle Ausländer, weil sie wegen ihres vorhergehenden Aufenthaltes in Deutschland als deutschfeindlich benannt worden waren. Darunter ist ja nur immer eine Begleitfolge gebetriebswirtschaftlicher Tätigkeit. Sie spielt daher auch in der englischen Grenze eine nicht zu seltene Rolle und hat schon manche Reize nach an Englands Küste hinterlassen gemacht. Aus dem allem ergibt die doch immer hypothetische Befreiung des englischen Grenz- und Fremdenverkehrs, die durch die aus dem Kriege noch fortbestehende Dienstordnung bürokratisch begründet, aber auch durch eine neue, allgemeine, leicht bemerkbare Fremdenrecht Englands geklärt und geändert wird. (Fortsetzung folgt.)

Leitige Gese.

Gesellschaft. — Wie, will der Geist nicht mehr antworten? „Nein! Er sagt, er habe sich gewaltsam organisiert und habe seinen Ungehorsam herunter.“ (Aus „Le Vire“.)

Dieser Absatz des Friedensvertrages regelt, wie man sieht auch die Fragen der öffentlichen kaiserliche Besitztümer im Pachtgebiet von Kiautschou, bis hinauf zum Jalu, der auf Japan übergegangen sind. Aber die Frage der deutschen Privatansprüche harret noch der Klärung, da die Schantungbahn- und Bergwerksgesellschaft eine Aktiengesellschaft, also ein Privatunternehmen ist. Nach den Bestimmungen des Zusatzprotokolls zum Friedensvertrag hat hier eine Entscheidung seitens der Japaner stattzufinden, sobald nachgegeben ist, daß die Schantungbahngesellschaft einen ehemaligen Privatbesitz darstellt. In diesem Falle will die japanische Regierung in lokaler Weise die Entscheidung festlegen lassen, und zwar, wie der Friedensvertrag vorschreibt, in der Form, daß der Wiedergutmachungsausgleich dem deutschen Wiedergutmachungskonto den betreffenden Betrag in merkanischer Dollarmünzung zum Zwecke der Abfindung der Schantungbahn-Aktiengesellschaft gutschreibt. In japanischen amtlichen Kreisen wird ausdrücklich betont, daß die für die Schantungbahn zuzuschreibende Entschädigung lediglich die Abfindung privater Rechte darstellt, da ja nach dem Friedensvertrage alle Staatsrechte schon vorher auf Japan frei und unbelastet übergegangen sind. Wenn also nach Beilegung der Frage unvertretlichen Charakters der Schantungbahn eine Entscheidung gutgeschrieben wird, so wird auch von jenseitiger Seite angenommen, daß diese auch zur Befriedigung der Privatrechte seitens der deutschen Regierung verwendet wird, wie dies im Friedensvertrag vorgeschrieben ist. Die Entscheidung über diese Fragen dürfte in nächster Zeit fallen.

In Ergänzung obiger Mitteilung dürfte die nachfolgende Meldung der „Agence Havas“ aus Peking von größtem Interesse sein, weil in ihr bestätigt wird, was in jener gesagt ist: „Die chinesische Regierung hat dem japanischen Botschafter in Peking die Antwort gegeben, daß sie das Verlangen, Verhandlungen über die Schantungfrage einzuleiten, ablehne.“

Eindrücke aus Sowjet-Rußland.

Frau Snowden, die Gattin und Mitarbeiterin des bekannten englischen Sozialistenführers Phil. Snowden, machte auf ihrer Rückkehr nach London kurze Rast in Berlin und gab in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Voss. Tg.“ interessante Erklärungen über die Eindrücke, die sie während ihrer sechsmonatigen Reise durch Rußland gewonnen hat.

Die eifrigste Studentenkommision der englischen Sozialisten, der u. a. auch Tom Shaw angehört, reiste von Petersburg aus tief ins Innere Rußlands hinein; Moskau wurde selbstverständlich besucht; bis Saratow war die Kommission von Vertretern der Sowjetregierung begleitet, den Rest der Reise bis Astrachan legte sie ohne Führung zurück.

Die wesentlichste Erkenntnis, die Frau Snowden auf dieser Fahrt gewonnen hat, gibt sie in dem Satz: „Das ist nicht Sozialismus, was hier in Sowjetrußland verwirklicht worden ist; das hat mit dem Leben von Karl Marx nichts zu tun; das ist das alte System der Tyrannei, wie es ehedem in Rußland herrschte, nur jetzt von entgegengesetzten Kräften aus geübt. Es herrscht wohl stürmische Diktatur als in dem alten Rußland; aber diese Diktatur ist zum größten Teil erzwungen; nur jetzt, da der Krieg mit Polen dem russischen Nationalbewußtsein wieder einen starken Antrieb verliehen hat, zeigen sich freiwillig auch Weite, die mit dem Bolschewismus an sich nichts zu tun haben wollen.“

Die Lebensverhältnisse in den Städten sind trübselig. Die Bevölkerung hungert und leidet Mangel an Kleidung und Beschäftigung. Die Bauern geben ihre Erzeugnisse nur im Austausch gegen Kleiderstoffe, landwirtschaftliche Gerätschaften und Maschinen her. Bemerkenswert ist die Sorge, die die Sowjetregierung der heranwachsenden Generation zuteil werden läßt. Frau Snowden gemahnt den Eindruck, daß die Kinder selbst in Moskau im allgemeinen besser gehährt werden als in Wien.

Den erfolglosen Weg zur Heberwindung des Bolschewismus sieht Frau Snowden nicht darin, daß man Sowjetrußland durch einen Krieg zwangsweise will; vielmehr würde vernünftiger Entgegenkommen, Aufhebung der Blockade vor allem, mit Sicherheit zu dem Ziele führen, daß sich allmählich in Rußland

lassen haben. Häufig dem Namen und der letzten Adresse scheint es manchmal auch nach persönliche Anmerkungen über die Kriegstätigkeit und dergl. des Verbuchten zu enthalten. Es muß durch nachträgliche Nachfrage bei den Hotels, Pensionen, Zimmervermietern angelegt worden sein, denn vor dem Kriege gab es keine Meldepflicht in England. Ist man in diesem Buch festgestellt worden, so wird man auch den Einwanderungsamt gewiesen, meistens ein Multi-Direktor, u. oft ein recht nerviger Herr. Trotz dem guten englischen Ruf, das man nur nach genauer Begündung und Genehmigung des Reisewortes erhalten kann, bombardiert er einen mit neuen Fragen. Sorgen Journalisten, ist man wohl besonders misstrauisch. Dem Scheiber dieser Stellen legte der Einwanderungsamt in Darwich folgende Frage vor, er komme wohl... auf Spanien? Es bedurfte einer sehr geschicklichen Erklärung, daß schon recht lange kein Krieg mehr sei, um den Herrn in seine Schranken zurückzuweisen. Auch das frühere Militärverhältnis wird gründlich erörtert. Schließlich, nach Angabe der neuen englischen Adresse und gelegentlich nach einer körperlichen Untersuchung, bekommt man doch seinen Landungsschein, und ist der nicht ausnahmsweise mit dem Bericht „Report to the police“ versehen (was einen zu sofortiger polizeilicher Meldung am Wohnort verpflichtet), so bleibt man, theoretisch, acht Wochen lang in England völlig ungeschoren und bewegungsfrei. Entrecht sich der Aufenthalt länger, so muß man sich nach acht Wochen im Fremdenamt registrieren lassen. Dort erzählt man, ob man bleiben darf. Deutsche bekommen meistens (und nur ganz selten) einen dritten Aufenthaltsschein bewilligt,

wieder der Geist der Mäßigung durchfichte, daß auch gemäßigte Elemente wieder in der Regierung zu Einfluß kämen und daß sich so der Rückkehr zu einer verhältnißmäßigen, wirklichen Demokratie der Weg ebnete liehe.

### Theodor Mommsen über die Rolle der Juden im Römischen Reich zu Zeit Cäsars (48—44 vor Chr.).

In seiner „Römischen Geschichte“ (3. Auflage des 3. Bandes, vom Jahre 1861) und zwar in dem großen zusammenfassenden Uebersicht über das Römische Reich zur Zeit der Begründung der Monarchie durch Julius Cäsar (er ließ sich bekanntlich im Jahre 48 v. Chr. zum Diktator von Rom ausrufen und regierte bis zu seiner Ermordung am 15. März 44 v. Chr.) schreibt der berühmte Historiker Theodor Mommsen unter anderem folgendes:

„In gewissem Sinne konjunkt man ... neben Römern und Griechen noch eine dritte Nationalität nennen, die mit denselben in der damaligen Welt an Ubiquität (Allgegenwart) weitestreckte und auch in dem neuen Staate Cäsars eine nicht unwesentliche Rolle zu spielen bestimmt war. Es sind ries die Juden. Das merkwürdige, nachgiebige Jähzorn war in der alten wie in der heutigen Welt überall und nirgendes heimisch und überall und nirgendes mächtig. Die Diadochen (Nachfolger) Davids und Salomos bedeuten für die Juden jener Zeit kaum mehr, als heutzutage Jerusalems für sie hebräisch; die Nation hand wohl für ihre religiöse und geistige Einheit einen schärfen Anhalt in dem kleinen Königreich von Jerusalem, aber sie selbst bestand keineswegs in der Unterthanenschaft der Hasmonäer, sondern, in den jafsbis durch das ganze Parthische und das ganze Römische Reich zerstreuten Judenstämmen. In Alexandria namentlich und ähnlich in Atrire bildeten die Juden innerhalb dieser Städte eigene administrativ und selbst lokal abgegrenzte Gemeinwesen, den Judenvierteln unserer Städte nicht ungleich, aber freier gestellt und von einem „Vorköñig“ als oberstem Richter und Verwalter geleitet. Wie zahlreich selbst in Rom die jüdische Bevölkerung bereits vor Cäsar war, und zugleich wie landwirthschaftlich sie die Juden auch damals zusammenhielten, beweist die Bemerkung eines Schriftstellers dieser Zeit, daß es für den Stallhalter bedenklich sei, den Juden in seiner Provinz zu nahe zu treten, weil er dann sicher darauf zählen dürste, nach seiner Heimkehr von dem hauptstädtlichen Pöbel ausgegriffen zu werden. Auch zu jener Zeit war das vorwiegende Geschäft der Juden der Handel; mit dem eroberten römischen Kaufmann zog damals der jüdische Händler ebenso überall hin wie später mit dem germanischen und venetianischen, und mit der römischen Herrschaft kam das Kapital allerorts bei der jüdischen Kaufmannschaft zusammen. Auch zu jener Zeit endlich begegnet wir der eigenläufigen Aneignung der Völker des Westens gegen diese so gründlich orientalische Rasse und ihre fremdartigen Meinungen und Sitten. Dies Judentum, obwohl nicht der erfreulichste Zug in dem nirgends erfreulichen Bilde der damaligen Völkermengung, war nichtsdestoweniger ein im natürlichen Verlauf der Dinge sich entwickelndes geschichtliches Moment; das der Staatsmann weder weglassen noch bekämpfen durfte, und dem Cäsar vielmehr, eben wie sein Vorgänger Alexander, wichtiger Erkenntnis der Verhältnisse möglichst Vorstoß galt. Wenn Alexander, der Stifter des alexandrinischen Judentums, damit nicht viel weniger für die Nation tat als für eigener David durch den Tempelbau von Jerusalem, so förderte auch Cäsar die Juden in Alexandria wie in Rom durch besondere Begünstigungen und Vorrechte und schützte namentlich ihren eigenläufigen Kult gegen die römischen wie gegen die griechischen Volkstheorien. Die beiden großen Männer dachten natürlich nicht daran, der hellenischen oder italisch-hellenischen Nationalität die jüdische ebenbürtig zu setze zu helfen. Aber der Jude, der nicht wie der Abendländer die Befähigung zu politischer Organisation empfangen hat und gegen den Staat sich weitlich gleichgültig verhält; der ferner Jüdisch schwer den Reiz seiner nationalen Eigenläufigkeit aufgibt als bereitwillig denselben mit jeder beliebigen Nationalität umhüllt und bis zu einem gewissen Grad der fremden Volkstümlichkeit

anheimgibt, — der Jude war eben darum wie geschaffen für einen Staat, welcher auf den Trümmern von hundert lebendigen Staatsgebilden erbaut und mit einer gewissermaßen abstrakten und von vornherein verschlossenen Nationalität ausgestattet werden sollte. Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirkliches Heilmittel (Sühnungsmittel) des Kosmopolitismus (Weltbürgerthums) und der nationalen Desorganisation (Zersetzung) und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem christlichen Staat.

(„Deutsche Zeitung“, Berlin.)

### Aus dem deutlichen Pöbel.

#### Mitteilung.

Als im November 1919 eine glückliche Anzahl von Kriegsmannschaften aus dem Kaiserlichen Lazarett von Pesti aus auf dem Schiff „Arta“ die Heimreise nach Deutschland antrat, befand sich darunter auch manches deutsche Kind des schönen Geschlechts aus unjernen Kolonien, welches dem einen und andern Träger des Soldatenkrozes vor dem Altar gelobt hatte, mit ihm Freud und Leid zu teilen und ihm zu folgen, wohin er es führt. Und wenn es so einer Tochter auch Überwindung kostete, sich vom Heimatdorf, von der Verwandtschaft, von den liebsten Eltern und Geschwister loszuscheiden, der Zug zum Mann war härter, und das Schicksalwort behielt recht. Darum wird jedermann Vater und Mutter verlassen und seinem Weibe anhängen. Zu Hause aber verbleibe, lammervoll und heuchelhaft, manches Mutterherz, das sich in Sorgen darüber verzehrte, ob die Lieben wohl auch glücklich in der ferneren Heimat ankommen werden. Die Sorgen mehren sich, als monatlang das Gerücht verbreitet wurde, als ob die Herren Engländer die „Kriegsgefangenen“ unterwegs aufgehalten und irgendwo interniert hätten. Allen diesen vor Sehnsucht auf eine Nachricht verzehrenden Vater- und Mutterherzen wird hierdurch mitgeteilt, daß das Schiff „Arta“ seinerzeit laut ganz unzuverlässigen Berichten, am 28. Nov. aus Pesti abgedampft, nach kurzen Anlaufen in Döbfa, über Konstantinopel durch das Mitteländische Meer weitergefahren und am 6. Jan. d. J. wohlbehalten und ohne Zwischenfall in Hamburg angekommen ist. Die Stadt Hamburg bereitet den Ankömmlingen einen überaus feierlichen Empfang. Es spielte Musik, und Soldaten sowie Zivilisten wurden an reichsbedeutenlichen Tischen, die mit Blumen decorirt waren, aufs freundlichste und reichlichste gespeist. Hamburg behielt die in die Heimat Zurückgekehrten 2 Tage bei sich als Gäste, woraufhin die Soldaten bis auf weitere Anordnung in einem Lager untergebracht, die Zivilpersonen aber auf Rechnung des Staates an ihren Bestimmungsort befördert wurden.

B. B.

### Die Ossetiner oder Osseten.

(3. Fortsetzung.)

Rkp. Das Verhalten der Familiengemeinschaft läßt, wie es scheint, das Aufkommen des Privatgrundbesitzes nicht zu. Das Ackerland und die Wälder befinden sich im nördlichen Ossetien im Besitze von einzelnen Höfen, die Wälder und die Hügel sind Eigentum aller Bewohner eines oder mehrerer Aufs. Im Ende der fünfziger und zu Anfang der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts wurde alles Land in Ossetien möglichst gleichmäßig unter alle Dorfgemeinden zum Kommunalnießbrauch verteilt. Eine Ausnahme bilden die auf den Plateaus ansässigen Ossetiner, deren Landanteile weit größer sind als die der Gebirgsbewohner. Jeder an Ort und Stelle wohnende Plateaubewohner männlichen Geschlechts besitzt durchschnittlich 3,572 ha <sup>1/2</sup> nutzbares oder 5,9 ha nutzbares und unnutzbares Land, während der Gebirgsbewohner nur über 2,896 ha nutzbares Land verfügt.

\*) Wegen dieser Zeichen vergleiche der Artikel „Das Schwarze Meer“ in Nr. 88 der „Rauf. Pst.“ ha = Hektar, 1 Hektar = 2196 □ Saizen 35 □ Maß.

Alle Ländereien der Bergbewohner zerfallen in zwei Gruppen, nämlich in solche, die in der Nähe der Aufs liegen (Mid gam-sach), eine einigermaßen horizontale Lage und lodern, leicht zu bebauenden Boden haben, sind in solche, die weit entfernt vom Dorfe liegen (Karon-sach), deren Böschungswinkel 60—75° beträgt und die infolge ihrer Lage wenig nutzbar sind. Die genannten Ländereien verändern sich ziemlich selten, daß sie zum Ackerbau untauglich werden, indem Sumpfelemente oder Gestrüppe sie verschüllen oder Wolkenbrüche und Stürze die Genußerde hinwegspülen. Die Größe der an und für sich kleinen Ackerparzellen wird nicht nach dem Flächenraum, sondern nach der Zeit bestimmt, die zu ihrer Bearbeitung nötig ist. Eine Parzelle, die an einem Tage bearbeitet werden kann, enthält durchschnittlich 1368 qm. Es gibt nur sehr wenige Familien, die über 10, 20, 30 oder gar 40 Ackerparzellen verfügen. Auf eine Familie der meisten Digorier und anderer Bergbewohner in Ossetien entfallen 3 bis 6 bearbeitbare Parzellen, so daß auf einen jeden Kopf männlichen Geschlechts ein Landanteil von ca. 0,27 bis 0,54 ha kommt. Die Bearbeitung und Pflanzung der in der Nähe der Behausungen liegenden Acker fällt weniger schwer, ungläubig groß ist aber die Mühe, die die Bestellung der entfernten, besonders sehr hoch, auf steilen Abhängen zerstreuten Felder erfordert. Zunächst sind von der Scholle die Steine zu entfernen, die sie bedecken, sodann muß sie gedüngt werden. Um feine Parzelle zu erreichen, ist der Gebirgsbewohner gezwungen, nicht selten auf Umwegen im Bergad eine Strecke von 5 bis 10 km hinauszuweichen, beim Pflügen muß er darauf achten, daß er nicht an großen Steinen, Höckern und sonstigen Stellen seinen Pflug beschädigt. Oft stürzt das Arbeitsvieh in einen Abgrund hinab, wo es zerfällt, ebenso oft verderben Schneelawen, Steinrutsch, Regen und Frühlingsstürze das Land. Neben Humus und Ausfaat des Wintergetreides. Trotz der sorgfältigsten Bearbeitung des Feldes ist der Humusgehalt niedrig und die Erze klein. Man ist vorzugsweise Getreide, selten Weizen und Hafer, in der letzten Zeit hat die Kartoffelbebauung gefunden. Da die Ackerparzellen klein sind und ihre Bestellung mit großer Mühe verbunden ist, haben die Weide für Ackerland in den Gebirgsgebieten Ossetiens eine ungeheure Höhe erreicht. Der Volksmund sagt, daß die Scholle Erde, sobald koste wie das Vieh, das darauf Platz finden könne; das Stück Erde, das eine Kuh einnimmt, kostet eine Kuh, das andre ein Schaf usw. Um nicht durch Mangel an Land Hungers zu sterben, steigen einige ossetische Bergbewohner ins Tal hinab und pachten Ländereien.

In Ossetien gibt es gegen 1050 landlose Ossetiner. Der Flächenraum des Privatgrundbesitzes beträgt im Bezirk Abakawka ca. 33 867,5 ha, die 110 bis 120 Personen gehören. Von diesen sind zu nennen Tuganows, die 14 152,3 ha besitzen, und Rabatjens, die Größe der übrigen Grundstücke beträgt 109,25 bis 1092,5 ha. Infolge der Ungleichheit, die zufällig dadurch entstanden ist, daß den Tuganows u. a. große Ländereien zugestell worden sind, haben die Besitzer kleiner Parzellen nur geringen Einfluß auf den Gang der Dorfangelegenheiten. Das Land des Privatgrundbesitzes wird fast immer in Pacht vergeben, wobei an vielen Orten, besonders aber in Digorien, der Pachtzins eine ungeheure Höhe erreicht hat.

(Fortsetzung folgt.)

Herausgeber der Z. B. des Verbandes der transk. Deutschen. Verantwortlich für die Redaktion das Red.-Komitee.

### Deutsches Kooperativ zu Tiflis ist eröffnet.

Verkaufsstelle (zeitweilig) im Lageraum des Kooperativen Kirchenstrasse № 27, im ehemaligen Bibliothekzimmer, unter dem Deutschen Realgymnasium. Der Verkauf von Waren findet statt täglich (ausser an Sonn- u. Festtagen) v. 9 bis 2 Uhr.

Der Verwaltungsrat.